



Stubenring 1, 1010 Wien  
DVR: 0017001

**AUSKUNFT**

Mag. Florian Reiningger  
Tel: (01) 711 00 DW 2259  
Fax: +43 (1) 715 82 58  
Florian.Reiningger@bmask.gv.at

E-Mail Antworten sind bitte unter Anführung  
der Geschäftszahl an die E-Mail Adresse  
begutachtung@bmask.gv.at zu richten.

An das  
Bundesministerium für Inneres

per Email an:  
[bmi-III-1@bmi.gv.at](mailto:bmi-III-1@bmi.gv.at)

**GZ: BMASK-10308/0009-I/A/4/2010**

Wien, 02.06.2010

**Betreff: Bundesgesetz, mit dem das Zivildienstgesetz 1986 geändert wird (ZDG-Novelle 2010); Nachtrag zur Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezug nehmend auf die Note vom 23.04.2010, GZ: BMI-LR1345/0002-III/1/2010, und in Ergänzung zur Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (GZ: BMASK-10308/0008-I/A/4/2010, Note vom 31.05.2010) hinsichtlich des im Betreff näher bezeichneten Gesetzesentwurfes übermittelt das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz folgenden Nachtrag:

**Zu Z 49 des Entwurfes (§ 57a Abs. 4):**

**1) Auskunft über Beschäftigungsverhältnisse durch die Sozialversicherungsträger:**

Aus den Erläuterungen geht hervor, dass der Zweck der Verpflichtung der Sozialversicherungsträger zur Beauskunftung von Beschäftigungsverhältnissen von Zivildienstpflichtigen gegenüber der Zivildienstserviceagentur einerseits die Verhinderung von Missbräuchen sein soll, andererseits soll ermöglicht werden, arbeitslos gemeldete Zivildienstpflichtige unmittelbar zum Zivildienst einzuziehen.

Dazu ist festzuhalten, dass aus den sozialversicherungsrechtlichen Daten kein umfassendes Bild aller Beschäftigungsverhältnisse ableitbar ist. Daher kann auch

aus der Tatsache, dass bei den Sozialversicherungsträgern bezüglich einer bestimmten Person aktuell kein Beschäftigungsverhältnis aufscheint, nicht abgeleitet werden, dass diese Person tatsächlich ohne Beschäftigung ist.

## 2) Überschießende Formulierung bezüglich „Erkrankungen von Zivildienstpflichtigen“:

Nach dem Wortlaut des Gesetzesvorschlages sollen „Mitteilungen über die Erkrankung von Zivildienstpflichtigen bekannt gegeben“ werden. Nach diesem Wortlaut ist es nicht ausgeschlossen, dass **gesundheitsbezogene Daten** übermittelt werden sollen. Dabei handelt es sich um **sensible Daten** im Sinne des § 4 Z 2 DSG 2000. Eine solche Datenübermittlung bedürfte einer spezifischeren Konkretisierung und scheint so jedenfalls unzulässig.

Wenn, wie in den Erläuterungen ausdrücklich festgehalten wird, „alleine der Umstand, ob der Zivildienstpflichtige krankgemeldet ist oder nicht“, von Bedeutung ist, dann sollte dies auch im **Gesetzestext so formuliert** werden. Hier wäre sinnvoller Weise auf die sozialversicherungsrechtliche Terminologie (die „Arbeitsunfähigkeitsmeldung“) abzustellen.

Eine Gleichschrift des Nachtrages wurde dem Präsidium des Nationalrates elektronisch an die Adresse „[begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)“ übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Bundesminister:

Dr. Peter Gamauf

*Elektronisch gefertigt.*